

Die wirtschaftliche Bedeutung des ERP-Counterpartfonds

Das Europäische Wiederaufbauprogramm der Vereinigten Staaten (European Recovery Program – ERP) ist Mitte 1952 abgelaufen. Zwar erhält Österreich noch Dollarzuwendungen durch die MSA (Mutual Security Agency); sie sind jedoch viel geringer als die bisherige Auslandshilfe und dürften in nicht allzuferner Zukunft überhaupt eingestellt werden.

Das Versiegen der Auslandshilfe schmälert die Dollareinkünfte der österreichischen Wirtschaft und zwingt sie, die Zahlungsbilanz aus eigener Kraft auszugleichen. Gleichzeitig sinken die Schillinglöhne aus dem Verkauf ausländischer Hilfslieferungen, die bisher eine der wichtigsten Finanzierungsquellen für Investitionen waren. Wenngleich dem Counterpartfonds auch nach Aufhören der Auslandshilfe noch Zinsen und Amortisationsquoten für die bisher gewährten ERP-Kredite zufließen werden, so ist doch mit einem stärkeren Rückgang der Counterparteingänge zu rechnen.

Der vorliegende Aufsatz gibt einen knappen Überblick über die wirtschaftliche Bedeutung des ERP-Counterpartfonds¹⁾ in den Jahren 1948 bis 1952 und beleuchtet die sich aus dem Rückgang der Counterpartmittel ergebenden wirtschaftspolitischen Probleme.

Der Vertrag über die Gewährung von ERP-Hilfe bestimmt, daß der Schillinggegenwert der Auslandshilfe auf einem Sonderkonto (dem ERP-Counterpartkonto) hinterlegt wird, über das die österreichische Regierung mit Zustimmung der zuständigen amerikanischen Stellen verfügen darf. Die Wirtschaftspolitik erhielt auf diese Weise einen reich dotierten Dispositionsfonds, der in der Hauptsache drei verschiedene wirtschaftspolitische Funktionen erfüllte:

a) Dank dem Einsatz umfangreicher Counterpartmittel für Investitionen und investitionsähnliche Ausgaben konnte in den letzten Jahren erheblich mehr investiert werden als laufend gespart wurde. Ohne die ausländische Investitionshilfe hätte der Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft über einen viel längeren Zeitraum erstreckt werden müssen.

b) Bis Mitte 1951 wurden wichtige ERP-Importe (vor allem Grundnahrungsmittel und landwirtschaftliche Bedarfsgüter) zu Inlandspreisen abgegeben, die zeitweise beträchtlich unter den Weltmarktpreisen lagen. Diese in Form niedrigerer Erlöseingänge vom Counterpartfonds getragenen Preisstützungen leisteten einen wertvollen Beitrag zur Stabilisierung des heimischen Preisniveaus.

¹⁾ Siehe hierzu auch: „Die Counterpartmittel und ihre Verwendung“, in Monatsbericht Nr. 8, Jg. 1950, S. 366 ff und Monatsbericht Nr. 2, Jg. 1951, S. 58 ff.

c) Der Counterpartfonds wurde bewußt zur Steuerung des Geldvolumens und der wirksamen Gesamtnachfrage nach Gütern und Leistungen eingesetzt, indem jeweils nur soviel Mittel freigegeben wurden, als währungspolitisch vertretbar schien. Er übernahm damit währungs- und konjunkturpolitische Aufgaben, die gewöhnlich der Budget- und Geldpolitik obliegen, von ihr aber nicht immer ausreichend erfüllt werden konnten.

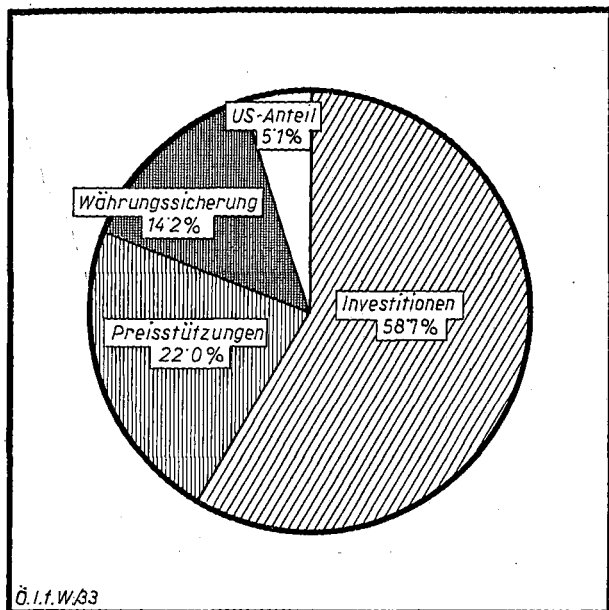
Während in den ersten beiden ERP-Jahren ein beträchtlicher Teil der gesamten Einnahmen für währungs- und preispolitische Aufgaben verwendet wurde, ging das Bestreben in den letzten Jahren dahin, den Counterpartfonds möglichst als reinen Investitionsfonds zu verwalten und die währungs- und preispolitischen Aufgaben der Währungs- und Budgetpolitik zu übertragen.

Preisstützungen

Österreich erhielt im Rahmen der ERP-(MSA-) Hilfe von Mitte 1948 bis Ende März 1953 Rahmenzuteilungen in Höhe von 989'1 Mill. \$, davon 711'8 Mill. \$ in Form direkter und 277'3 Mill. \$ in Form indirekter Hilfe. Im Rahmen der direkten Hilfe wurden bis Ende März 1953 Einkaufsermächtigungen für Waren im Werte von 668'3 Mill. \$ erteilt; davon sind bisher Warenlieferungen in Höhe von 630'4 Mill. \$ in Österreich eingetroffen. Die bereits Mitte 1952 beendete indirekte Hilfe, die zur Deckung von Defi-

Verwendung des Schillinggegenwertes der ERP-(MSA-)Hilfe

(Normaler Maßstab; in %)



Vom gesamten Schillinggegenwert der ERP-(MSA-)Hilfe bis Ende März 1953 von 14,7 Mrd. S wurden 58,7% für Investitionen und investitionsähnliche Ausgaben verwendet, 22,0% entfielen auf Preisstützungen (price gap) und 5,1% wurden den amerikanischen Stellen zur Verfügung gestellt. Der Rest von 14,2% (bisher nicht ausgegebene Erlöse und Abbuchungen von der Bundesschuld) erfüllte währungspolitische Funktionen.

ziten gegenüber der EZU diente, wurde voll ausgenutzt.

Diese Warenlieferungen repräsentierten bis Ende März 1953 einen Schillingwert (Dollarwert umgerechnet zum jeweiligen offiziellen Wechselkurs) von 14.705 Mill. S. Tatsächlich gingen jedoch bis zu diesem Zeitpunkt nur 11.464 Mill. S Erlöse aus dem Verkauf von Hilfslieferungen ein. Der Rest in Höhe von 3.241 Mill. S wurde zunächst durch Kredite der Notenbank an den Bund (Regierungserläge) gedeckt. Der Unterschied zwischen dem Einzahlungssoll und den tatsächlichen Erlösen war insbesondere in den ersten ERP-Jahren beachtlich. In den Jahren 1949 bis 1951 wurden nur 67%, 77% und 80% des Schillinggegenwertes der Hilfslieferungen in Form effektiver Erlöse eingezahlt.

Diese Differenzen lassen sich teilweise damit erklären, daß die Erlöse aus dem Verkauf der Hilfslieferungen meist später eingehen, als die Waren oder Verschiffungsurkunden in Österreich eintreffen (time-lag). In der Hauptsache sind jedoch die Erlöse deshalb niedriger, weil eine Reihe wichtiger ERP-Importe (vorwiegend Brotgetreide, Futtergetreide, Düngemittel und Fettrohstoffe) bis Mitte 1951 zu Inlandspreisen abgegeben wurden, die erheblich unter

Eingänge auf dem ERP-Counterpartkonto

	S-Gegenwert der Hilfslieferungen (Gutschriften)	effektive Verkaufserlöse ¹⁾	Differenz ²⁾ (Regierungserläge)
		Mill. S	
1948/49	3.635'0	2.449'3	1.185'7
1950	3.728'5	2.883'5	845'0
1951	4.373'4	3.493'9	879'5
1952	2.680'3	2.078'0	602'3
1953 I. Quartal	287'5	559'2	-271'7
Insgesamt	14.704'7	11.463'9	3.240'8

¹⁾ Ab Mitte 1952 einschl. Erlöse auf Erlöskonto II. — ²⁾ Ab Mitte 1952 S-Gegenwert der Hilfslieferungen abzüglich gesamte Erlöse (Erlöskonto I und II). Tatsächlich waren Ende März 1953 die Regierungserläge um 113'9 Mill. S höher, da ein Teil der auf dem Erlöskonto II einlaufenden Erlöse noch nicht zur Verminderung der Regierungserläge herangezogen wurde.

den Weltmarktpreisen, umgerechnet zum offiziellen Kurs lagen (price gap). Welcher Teil des Fehlbetrages in den einzelnen Jahren auf die eine oder andere Ursache zurückgeht, läßt sich gegenwärtig kaum mehr feststellen. Auf längere Sicht spielen jedoch die zeitlichen Diskrepanzen nur eine sehr geringe Rolle. Man darf daher annehmen, daß der Unterschied zwischen den gesamten Gutschriften auf dem ERP-konto bis Ende März 1953 und den Verkaufserlösen in Höhe von 3.241 Mill. S oder 22% des Schillinggegenwertes der Hilfe bis auf einen relativ geringen Betrag Preisstützungen entspricht.

Dazu kam, daß zeitweilig — von November 1949 bis Oktober 1950 — auch das System mehrfacher offizieller Wechselkurse aus Counterpartmitteln subventioniert wurde. Die Dreiteilung der Importkurse in einen Grundkurs von S 14'40, einen Mischkurs von S 21'36 und einen Prämienkurs von S 26'— je Dollar war zwar so gewählt, daß im kommerziellen Verkehr der durchschnittliche Importkurs dem Exportkurs von S 21'36 entsprach. Der durchschnittliche Kurs für ERP-Einfuhren, die zu einem erheblichen Teil aus lebenswichtigen Gütern bestanden, war jedoch im Jahre 1950 nur S 17'80 je \$. Durch diese Kursdifferenz wurde der Erlöseingang auf dem Counterpartkonto im Jahre 1950 um rund 450 Mill. S geschmälert. Einschließlich der früher erwähnten Preisstützungen belaufen sich somit die bisher aus dem ERP-Counterpartkonto finanzierten Gesamtsubventionen auf rund 3'7 Mrd. S.

Gegen den Einsatz von Counterpartmitteln für Preis- und Kursstützungen wurde vielfach eingewendet, daß dies einer konsumptiven Verwendung der Auslandshilfe gleichkäme und ihrem eigentlichen Zweck, Förderung des Wiederaufbaues, widerspräche. Diese Kritik war indessen nur teilweise berechtigt. Tatsächlich war die Investitionsrate in den Nachkriegsjahren mit etwa 20% des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens weit höher als je in der Vorkriegszeit. Sie hätte sich auch durch Aufhebung der Counterpartsubventionen kaum vergrößern lassen, da

die unteren und mittleren Einkommensschichten, auf die der überwiegende Teil des privaten Konsums entfällt, auf die Verteuerung lebenswichtiger Güter sofort mit Lohnforderungen reagiert hätten.

Tatsächlich konnte Mitte 1951¹⁾, als auf Drängen der ECA die Counterpartsubventionen eingestellt wurden, eine Preis- und Lohnspirale nur dadurch verhindert werden, daß das Budget einen beträchtlichen Teil dieser Subventionen übernahm und sich die zusätzlichen Mittel teils durch Kürzung der öffentlichen Investitionen, teils durch zusätzliche Steuern auf Kosten der Kapitalbildung der Unternehmungen beschaffte. Die gesamte Transaktion lief also nicht auf eine Verschiebung von Konsum zu Investitionen, sondern nur auf eine Umschichtung innerhalb des Investitionsvolumens zugunsten von Counterpartinvestitionen hinaus.

Währungssicherung

Von den Verkaufserlösen des ERP-Counterpartkontos in Höhe von 11.464 Mill. S wurden bis Ende März 1953 754 Mill. S für Verwaltungskosten der amerikanischen Dienststellen²⁾ und 8.635 Mill. S für Investitionen und investitionsähnliche Ausgaben freigegeben³⁾. Insgesamt wurden daher der heimischen

¹⁾ Allerdings waren auch nach dem 30. Juni 1951 die Erlöseingänge geringer als der Schillinggegenwert der Hilfe, umgerechnet zum offiziellen Kurs. Im 2. Halbjahr 1951 stiegen die Regierungserläge um 160³ Mill. S und im 1. Halbjahr 1952 um weitere 537² Mill. S. Das geht teilweise darauf zurück, daß eine Reihe von Waren, die nach dem 30. Juni in Österreich eintrafen, noch zu den alten Preisen abgegeben wurden. Außerdem hat sich der „time lag“ vergrößert, da die Erlöse für einige Vorratskäufe gestundet wurden.

Um die laufenden Notifikationsurkunden voll durch effektive Erlöse decken zu können, wurde ab Mitte 1952 das Abrechnungsverfahren geändert. Einige Zeit wurden auf dem Counterpartkonto nur Regierungserläge verbucht und die tatsächlichen Erlöseingänge auf einem Vorkonto (ERP-Erlös-Konto II) gesammelt. Aus dem Vorkonto, das durch laufende Erlöseingänge immer wieder aufgefüllt wird, werden nunmehr effektive Erlöse auf das Counterpartkonto nach Maßgabe der laufenden Verpflichtungen übertragen. Dabei ergab sich, daß von Mitte 1952 bis Ende März 1953 um 206⁶ Mill. S mehr Erlöse eingingen als Einzahlungen für Warenlieferungen fällig wurden, so daß ein Teil zur Verminderung der Regierungserläge verwendet werden konnte.

²⁾ Bis Mitte 1952 wurden den amerikanischen Dienststellen grundsätzlich 50% des Schillinggegenwertes der Auslandshilfe zur Verfügung gestellt. Seither schwankt die US-Quote je nach der Art der Warenlieferungen zwischen 5 und 100%.

³⁾ Außerdem wurden im Jahre 1948 125 Mill. S zur Tilgung der Bundesschuld freigegeben und im Jahre 1952 600 Mill. S einem Counterpartverwendungsfonds (working fund) übertragen. Diese Freigaben wurden jedoch vernachlässigt, da sie den Geldumlauf und die kaufkräftige Gesamtnachfrage der Wirtschaft nicht beeinflussten.

Wirtschaft bisher im Wege von Verkaufserlösen um 2.075 Mill. S mehr Zahlungsmittel entzogen, als ihr im Wege von Freigaben wieder zugeführt wurden.

Die relativ große Differenz zwischen „monetär wirksamen“ Eingängen und Ausgängen erklärt sich daraus, daß der Counterpartfonds nicht als ein reiner Investitionsfonds verwaltet wurde, sondern gleichzeitig währungs- und konjunkturpolitische Funktionen übernahm.

Zu Beginn jedes Jahres wurde ein Counterpart-Freigabeprogramm ausgearbeitet, indem an Hand einer eingehenden Analyse der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen festgestellt wurde, ob und welcher Gebarungüberschuß notwendig wäre, um allfälligen inflationistischen Tendenzen entgegenzuwirken. Die so ermittelte währungspolitisch vertretbare Jahresfreigabe bildete dann die Grundlage für die Einzelfreigaben im Laufe des Jahres⁴⁾. Der Counterpartfonds erfüllte damit ähnliche Aufgaben wie der Staatshaushalt in Ländern mit einer konjunkturorientierten Budgetpolitik.

Ausgänge aus dem ERP-Counterpartkonto

	Erlöse ¹⁾	Ausgänge		Summe ²⁾	Einzahlungs- (+) bzw. Auszahlungs- (-) überschuß ³⁾
		US-Anteil	Österr. Anteil ²⁾		
Mill. S					
1948/49	2.449 ³	181 ⁸	1.435 ⁰	1.616 ⁸	+ 832 ⁵
1950.....	2.883 ⁵	186 ⁴	2.143 ¹	2.329 ⁵	+ 554 ⁰
1951.....	3.493 ⁹	218 ⁷	3.306 ⁹	3.525 ⁶	— 31 ⁷
1952.....	2.078 ⁰	142 ⁷	1.413 ⁷	1.556 ⁴	+ 521 ⁶
1953 I. Quartal	559 ²	24 ⁶	336 ⁴	361 ⁰	+ 198 ²
Insgesamt...	11.463 ⁹	754 ¹	8.635 ²	9.389 ³	2.074 ⁶

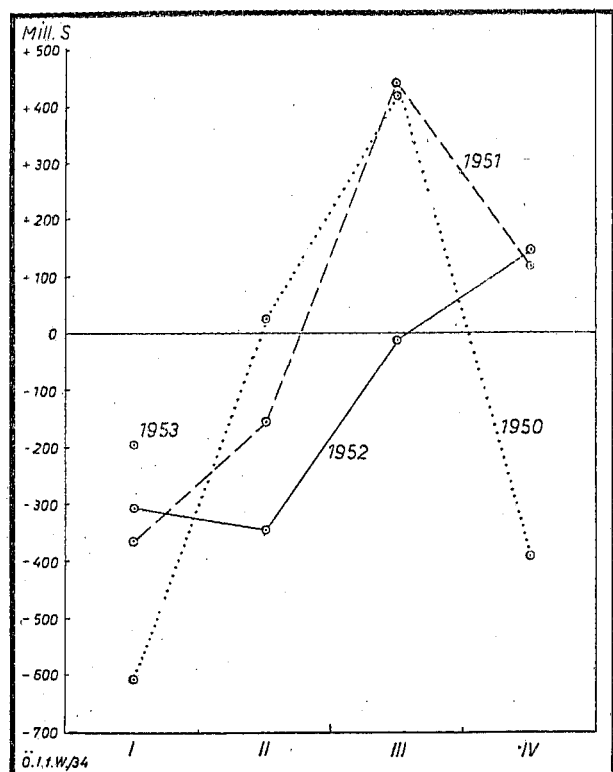
¹⁾ Verkaufserlöse auf Erlöskonten I und II. — ²⁾ Die Abbuchung von 125 Mill. S zur Tilgung der Bundesschuld im Jahre 1948 sowie die Übertragung von 600 Mill. S auf den „Counterpart — working fund“ wurden als „monetär unwirksam“ nicht als Ausgaben berücksichtigt.

Die Blockierung von Counterparteingängen war besonders bis zur Einführung schärferer quantitativer Kreditkontrollen im Herbst 1951 eine wertvolle Hilfe für die Währungsbehörden, da sie infolge der relativ hohen Liquidität der Kreditinstitute nur unzureichenden Einfluß auf die Entwicklung des Kreditvolumens hatten und die angespannte Finanzlage des Bundes keine Budgetüberschüsse zuließ. Tatsächlich war der restriktive Effekt (Einzahlungsüberschuß) der Counterpartgebarung in den Jahren 1949 und 1950 mit 833 Mill. S und 554 Mill. S am höchsten. Seit die Währungsbehörden durch quantitative Kreditkontrollen, Mindestreservenvorschriften und eine elastische Zinsfußpolitik stärkeren Einfluß auf das Geld- und

⁴⁾ Teilweise wurden auch einzelne Tranchen der bereits genehmigten Jahresfreigabe zurückgehalten, um akuten inflationistischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Auswirkungen der ERP-Counterpartgebarung auf den Geldumlauf

(Normaler Maßstab; expansive (+) bzw. restriktive (-) Wirkung pro Quartal in Mill. S)



Ein Vergleich der quartalsweisen Ergebnisse der Counterpartgebarung zeigt, daß im I. Quartal eines jeden Jahres stets ein erheblicher Einzahlungsüberschuß bestand, der meist noch im II. Quartal anhielt. Im III. und IV. Quartal waren hingegen die Ausgänge in der Regel größer als die Eingänge. Nur im IV. Quartal 1950 wirkte die Counterpartgebarung restriktiv, da die vorgesehene Freigabe zurückgehalten wurde, um den von der Korea-Hausse ausgehenden Preisauftrieb zu dämpfen.

Kreditvolumen gewonnen haben und Preise und Löhne stabilisiert wurden, konnte ein größerer Teil der Counterparteingänge für Investitionen verwendet werden.

Die währungspolitische Funktion der Counterpartgebarung wurde bisher ausschließlich im restriktiven Sinne ausgeübt, indem weniger Counterpartmittel freigegeben wurden, als Erlöse auf dem Konto eingingen. Grundsätzlich ist jedoch auch eine bewußt expansive Wirkung der Counterpartgebarung denkbar. Sollte die Konjunkturlage kaufkraftsteigernde wirtschaftspolitische Maßnahmen erfordern, so wäre es aus verschiedenen Gründen vorteilhaft, die kaufkräftige Gesamtnachfrage durch einen Auszahlungsüberschuß auf dem Counterpartkonto, statt durch ein Budgetdefizit oder eine großzügigere Kreditpolitik zu stärken.

Von der bewußten Steuerung des Geldumlaufes durch die Freigabepolitik ist der unbeabsichtigte Einfluß der Counterpartgebarung auf den Geldumlauf zu unterscheiden, der durch das umständliche Freigabeverfahren und die oft langwierigen Verhandlungen über technische Details der einzelnen Investitionsprojekte verursacht wurde. Vergleicht man die quartalsweisen Ergebnisse der ERP-Counterpartgebarung, so zeigt sich, daß gerade im Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit, im I. Quartal eines jeden Jahres, ein erheblicher Einzahlungsüberschuß bestand, der meist noch im II. Quartal anhielt, während im III. und IV. Quartal die Ausgänge in der Regel größer als die Eingänge waren. Wenngleich diese Schwankungen im Freigaberhythmus durch den Polster nicht ausgenutzter Refinanzierungszusagen sowie durch Vorschüsse auf Aufbaukredite abgeschwächt werden konnten, so erwiesen sich doch diese rein technischen Schwierigkeiten des Freigabeverfahrens als ein zusätzliches Hindernis für eine gleichmäßige saisonale Verteilung der Bautätigkeit und eine erfolgreiche Bekämpfung der hohen Winterarbeitslosigkeit.

Investitionsfinanzierung

Von dem bis Ende März 1953 für Investitionen freigegebenen Beträge aus dem ERP-Counterpartkonto in Höhe von 8.635 Mill. S entfielen 1,4 Mrd. S auf das Jahr 1949, 2,1 Mrd. S auf das Jahr 1950 und 3,3 Mrd. S auf das Jahr 1951. Seither zeigen die ERP-Investitionen, infolge des Rückganges der Auslandshilfe, eine sinkende Tendenz. Im Jahre 1952 wurden nur noch 1,4 Mrd. S für Investitionen aus dem Fonds abgebucht⁴⁾. Beim Vergleich dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß sich die Preise vom Beginn der ERP-Hilfe bis Herbst 1951 beträchtlich erhöht haben. Schaltet man Preisveränderungen aus, so sind die realen ERP-Investitionen von 1949 bis 1951 nur langsam gestiegen, im Jahre 1952 aber stark zurückgegangen. Nominell waren die Freigaben für ERP-Investitionen im Jahre 1952 fast ebenso hoch wie im Jahre 1949, real aber um fast 50% niedriger.

Über die überragende Bedeutung der ERP-Investitionen für den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft unterrichtet ein Vergleich mit dem gesamten Investitionsvolumen. In den Jahren 1949 bis 1952 betragen die Bruttoinvestitionen der öster-

⁴⁾ Tatsächlich waren die ERP-Investitionen im Jahre 1952 höher, da bei den Kreditinstituten um 391 Mill. S mehr Aufbauwechsel eingereicht wurden als aus dem Counterpartkonto für Industrieinvestitionen freigegeben wurden.

reichischen Wirtschaft rund 45 Mrd. S und die Nettoinvestitionen 30 Mrd. S; davon wurden 8,6 Mrd. S oder 19% der Bruttoinvestitionen und 29% der Nettoinvestitionen unmittelbar aus ERP-Mitteln finanziert. Wäre der Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft ganz auf heimische Ersparnisse angewiesen gewesen, so hätten die Investitionen bedeutend niedriger sein und der Wiederaufbau über einen viel längeren Zeitraum erstreckt werden müssen.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß nicht nur die unmittelbaren Freigaben für Investitionen, sondern auch die Preisstützungen und die aus währungspolitischen Gründen stillgelegten Counterparteingänge indirekt der Investitionsfinanzierung zugute kamen. Die einen entlasteten das Budget und ermöglichten dadurch relativ hohe öffentliche Investitionen, die anderen ließen innerhalb bestimmter Grenzen eine nicht-inflationistische Kreditexpansion zu, die zu einem erheblichen Teil Komplementärinvestitionen zu ERP-Projekten finanzierten. Stellt man den gesamten Schillinggegenwert der Auslandshilfe dem Investitionsvolumen gegenüber, so ergibt sich ein (direkter und indirekter) Anteil der ERP-Hilfe an der Investitionsfinanzierung in den Jahren 1949 bis 1952 von 32% der Bruttoinvestitionen und 48% der Nettoinvestitionen.

Dank der ERP-Hilfe konnte aber nicht nur mehr investiert werden, als auf Grund der heimischen Ersparnisse möglich gewesen wäre, sondern es konnte auch die Richtung der Investitionstätigkeit nachhaltig beeinflußt werden. Die Lenkungsmöglichkeiten, die die ERP-Mittel boten, waren deshalb besonders wertvoll, weil die inflationistische Entwicklung die Verteilungsfunktion des Kapitalmarktes weitgehend lahmgelegt hatte. Wohl haben die Unternehmungen und teilweise auch die öffentlichen Körperschaften auch während der inflationistischen Entwicklung relativ viel gespart. Diese Ersparnisse wurden jedoch fast ausschließlich im eigenen Bereich investiert, so daß trotz einem relativ hohen Spar- und Investitionsvolumen ein empfindlicher Mangel an frei verfügbarem Kapital bestand, der durch kurz- und mittelfristige Bankkredite nur höchst unvollkommen überbrückt werden konnte. Unter diesen Umständen waren die Counterpartmittel praktisch die einzigen längerfristigen Finanzierungsinstrumente für volkswirtschaftlich wichtige Investitionen, die über die finanzielle Leistungsfähigkeit der einzelnen Unternehmungen hinausgingen.

Von den bis Ende März 1953 abgebuchten ERP-Mitteln erhielt den weitaus größten Teil, 5.171 Mill. S oder 55,2%, die Industrie (einschließlich Energiewirtschaft und Bergbau), 1.488 Mill. S oder 15,9%

wurden für das Bundesinvestitionsprogramm und 1.675 Mill. S oder 17,9% für die Sonderfonds der Land- und Forstwirtschaft, des Fremdenverkehrs und den Wohnungsbau freigegeben. 301 Mill. S oder 3,3% entfielen auf sonstige, meist kleinere, Projekte¹⁾.

Die Anteile der einzelnen Hauptgruppen an den Gesamtfreigaben haben sich im Laufe der Jahre stark verschoben. Während im Jahre 1949 noch fast 50% der abgebuchten Beträge für das Bundesinvestitionsprogramm bereitgestellt wurden, um den Wiederaufbau der Verkehrsanlagen zu forcieren, erhielt der Bund im Jahre 1952 nur noch 31 Mill. S oder 1,5% der Gesamtfreigaben. Die durch Kürzung der Zuschüsse an das Bundesinvestitionsprogramm freiwerdenden Mittel wurden vorwiegend der Industrie zugeführt, deren Anteil an den Gesamtfreigaben von 37,7% im Jahre 1949 auf 53,9% im Jahre 1952 stieg. Eine relativ stärkere Dotierung der Industrie war vor allem notwendig, um trotz Rückgang der Auslandshilfe die begonnenen Großprojekte fertigstellen zu können. Der Anteil der Sonderwiederaufbauprogramme schwankte in den Jahren 1948 bis 1952 zwischen 8 und 24% und der unter „Sonstiges“ zusammengefaßten Förderungsmaßnahmen zwischen 1 und 6%.

a) Bundesinvestitionsprogramm

Von den bis Ende März 1953 für das Bundesinvestitionsprogramm bereitgestellten 1.488 Mill. S ERP-Mitteln²⁾ erhielten allein Bahn und Post 1.000 Mill. S oder 73,9%, weitere 300 Mill. S wurden für öffentliche Bauten, Straßen und Brücken aufgewendet, während sich der Rest von 188 Mill. S auf die Land- und Forstwirtschaft, die Bundesforste, Kunst und Erziehung und Staatsdruckerei, Winternotprogramme und Wasserversorgung verteilte.

Außer den ERP-Freigaben erhielt der Bund in den Jahren 1948 bis 1952 noch über 1 Mrd. S aus anderen Erlöskonten, die meist an keine bestimmte Verwendung gebunden waren und daher nicht auf die einzelnen Projekte aufgeteilt werden können. Insgesamt hat daher der Staatshaushalt in den letzten fünf Jahren über 2,5 Mrd. S aus Hilfskonten aller Art erhalten.

b) Industrieinvestitionen

Aus dem ERP-Counterpartkonto wurden bis März 1953 5.171 Mill. S für Investitionen in der Industrie abgebucht; sie hat damit 55,2% aller bisher freigegebenen

¹⁾ Außerdem wurden, wie bereits erwähnt, im Jahre 1948 125 Mill. S zur Verminderung der Bundesschuld an die Notenbank verwendet und im Jahre 1952 600 Mill. S einem Counterpart-Verwendungsfonds übertragen.

²⁾ Die für das Bundesinvestitionsprogramm aus dem ERP-Counterpartkonto abgebuchten Beträge stimmen nicht immer mit den im Budget verrechneten ERP-Eingängen überein, da sie teilweise erst im folgenden Jahr verwendet wurden.

Die Freigaben aus dem ERP-Counterpartkonto¹⁾
(Aus dem Konto abgezogene Beträge)

Wirtschaftszweig	1948		1949		1950		1951		1952		1953		Insgesamt	
	Mill. S	%	Mill. S	%	Mill. S	%	Mill. S	%	Mill. S	%	I. Quartal Mill. S	%	Mill. S	%
I. Maßnahmen zur Währungs-sicherung	125'0	100'0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	125'0	1'3
II. Außerordentl. Budget (Bun-desinvestitionen)	—	—	702'7	49'0	347'0	16'2	387'1	11'7	31'1	1'5	20'0	5'9	1.487'9	15'9
Bundesbahnen	—	—	409'8	28'6	210'0	9'8	175'7	5'3	1'0	0'0	—	—	796'4	8'5
Post- und Telegraphendienst	—	—	83'6	5'8	60'0	2'8	60'2	1'8	—	—	—	—	203'7	2'2
Straßen und Brücken	—	—	32'7	2'3	60'0	2'8	75'5	2'3	17'5	0'9	2'3	0'7	188'0	2'0
Öffentliche Bauten	—	—	93'0	6'5	17'0	0'8	2'0	0'1	—	—	—	—	112'0	1'2
Land- und Forstwirtschaft	—	—	50'0	3'5	—	—	0'4	0'0	2'3	0'1	—	—	52'7	0'6
Bundesforste	—	—	4'6	0'3	—	—	24'0	0'7	8'7	0'4	9'7	2'9	47'0	0'5
Bildung und Erziehung	—	—	10'0	0'7	—	—	8'0	0'2	—	—	—	—	18'0	0'2
Arbeiterwohnhausbau	—	—	17'0	1'2	—	—	—	—	—	—	—	—	17'0	0'2
Staatsdruckerei	—	—	2'0	0'1	—	—	—	—	—	—	—	—	2'0	0'0
Winternotstandsprogramm	—	—	—	—	—	—	41'5	1'3	—	—	—	—	41'5	0'4
Kanalisation u. Wasserversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	1'6	0'1	8'0	2'4	9'6	0'1
III. Industrie-Investitionen	—	—	541'3	37'7	1.231'0	57'4	2.093'2	63'3	1.084'7	53'9	217'7	64'7	5.171'0	55'2
Elektroenergie	—	—	151'8	10'6	443'0	20'7	774'8	23'4	495'8	24'6	96'7	28'7	1.962'1	21'0
Kohlenbergbau	—	—	60'0	4'2	50'0	2'3	99'6	3'0	53'9	2'7	12'5	3'7	276'0	2'9
Anderer Bergbau	—	—	—	—	2'0	0'1	20'3	0'6	4'0	0'2	—	—	26'3	0'3
Eisen- und Stahlherzeugung	—	—	143'6	10'0	264'7	12'4	392'4	11'9	100'0	5'0	14'4	4'3	915'1	9'8
Nichteisenmetallsektor	—	—	24'1	1'7	40'0	1'9	58'1	1'8	34'9	1'7	5'0	1'5	162'1	1'7
Elektroindustrie	—	—	30'5	2'1	13'0	0'6	27'8	0'8	25'4	1'3	5'3	1'6	102'0	1'1
Chemische Industrie	—	—	41'7	2'9	50'0	2'3	79'1	2'4	21'9	1'1	4'5	1'3	197'2	2'1
Eisen- und metallverarbeitende Industrie	—	—	15'3	1'1	65'0	3'0	84'7	2'6	83'0	4'1	13'8	4'1	261'8	2'8
Glasindustrie	—	—	2'9	0'2	14'1	0'7	22'0	0'7	6'5	0'3	0'3	0'1	45'8	0'5
Textilindustrie	—	—	13'7	1'0	90'2	4'2	80'6	2'4	50'9	2'5	9'0	2'7	244'4	2'6
Holzindustrie	—	—	10'0	0'7	33'0	1'5	68'4	2'1	28'8	1'4	4'5	1'3	144'7	1'5
Papierindustrie	—	—	35'4	2'5	150'0	7'0	328'8	9'9	169'2	8'4	50'7	15'1	734'1	7'8
Nahrungsmittelindustrie	—	—	7'1	0'5	0'3	0'0	—	—	—	—	—	—	7'4	0'1
Bauindustrie	—	—	8'2	0'6	0'4	0'0	1'0	0'0	—	—	—	—	9'6	0'1
Baustoffindustrie	—	—	—	—	4'2	0'2	21'6	0'7	4'0	0'2	—	—	29'8	0'3
Leder- und Schuhindustrie	—	—	—	—	4'6	0'2	2'0	0'1	0'5	0'0	—	—	7'1	0'1
Sonstige Industrien	—	—	—	—	1'5	0'1	18'5	0'6	4'3	0'2	0'9	0'3	25'3	0'3
Gewerbe	—	—	—	—	5'0	0'2	13'8	0'4	1'7	0'1	—	—	20'5	0'2
IV. Sonderwiederaufbaupro-gramm	—	—	178'0	12'4	524'3	24'5	705'7	21'3	176'8	8'8	90'5	26'9	1.675'3	17'9
Landwirtschaft	—	—	112'0	7'8	225'0	10'5	337'7	10'2	123'1	6'1	74'4	22'1	872'2	9'3
Forstwirtschaft	—	—	21'0	1'5	56'0	2'6	69'3	2'1	33'1	1'6	9'1	2'7	188'5	2'0
Fremdenverkehr	—	—	15'0	1'0	109'3	5'1	130'4	3'9	18'6	0'9	1'3	0'4	274'6	2'9
Arbeiterwohnhausbau	—	—	30'0	2'1	34'0	1'6	32'0	1'0	14'0	2'3	5'7	1'7	115'7	1'2
Allgemeiner Wohnhausbau	—	—	—	—	100'0	4'7	136'3	4'1	—12'0	0'6	—	—	224'3	2'4
V. Counterpartverwendungs-fonds	—	—	—	—	—	—	—	—	600'0	29'8	—	—	600'0	6'4
VI. Sonstiges	—	—	10'0	0'7	40'8	1'9	120'9	3'7	121'1	6'0	8'2	2'5	301'0	3'3
Technische Hilfe und Produk-tivität	—	—	—	—	7'5	0'4	3'0	0'1	18'6	0'9	1'4	0'4	30'5	0'3
Exportförderung	—	—	—	—	1'3	0'1	1'0	0'0	—	—	—	—	2'3	0'0
Exportfonds	—	—	—	—	25'0	1'2	15'0	0'5	—	—	—	—	40'0	0'4
Liebesgabenpesen	—	—	10'0	0'7	5'0	0'2	5'0	0'2	1'9	0'1	1'0	0'3	22'9	0'2
Sägeschule Kuchl	—	—	—	—	2'0	0'1	2'0	0'1	0'5	0'0	—	—	4'5	0'0
Ablieferungsprämien für Brot-getreide	—	—	—	—	—	—	60'0	1'8	—	—	—	—	60'0	0'6
Maßnahmen zur Förderung des Außenhandels	—	—	—	—	—	—	15'0	0'5	91'0	4'5	—	—	106'0	1'1
Lebensmittelrotation ²⁾	—	—	—	—	—	—	10'0	0'3	—	—	—	—	10'0	0'1
Holzforschungsinstitut	—	—	—	—	—	—	6'7	0'2	0'2	0'0	1'5	0'4	5'5	0'0
Verschiedene andere Zwecke	—	—	—	—	—	—	3'2	0'1	3'9	0'2	3'0	0'9	10'1	0'1
Forschungsprogramm	—	—	—	—	—	—	—	—	1'0	0'0	—	—	1'0	0'0
Volkseinkommenstatistik	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	125'0	100'0	1.435'0	100'0	2.143'1	100'0	3.306'9	100'0	2.013'7	100'0	336'4	100'0	9.360'2	100'0

¹⁾ Differenzen in den Spalten ergeben sich durch Auf- und Abrundungen. — ²⁾ Für Ersatz von Lagerungsschäden bei Lebensmitteln.

Beträge erhalten. Außerdem flossen ihr im Jahre 1948, in dem ERP-Counterpartmittel nur für Währungszwecke freigegeben wurden, 600 Mill. S aus anderen Hilfskonten zu⁴⁾.

Das Schwergewicht der mit ERP-Hilfe finanzierten Investitionen lag von allem Anfang an beim Kraftwerksbau und bei den Grundstoffindustrien. Diese Zweige zusammen (Energiewirtschaft, eisenschaffende Industrie und Metallhütten) erhielten 3.342 Mill. S oder 64'6% aller Industriefreigaben. Davon entfielen 1.962 Mill. S oder 37'9% auf die Elektrizitätswirtschaft und 915 Mill. S oder 17'7% auf die eisenschaffende Industrie.

Für die vorwiegend konsumorientierten Zweige der Nahrungsmittel-, Textil-, Bekleidungs-, Leder- und Schuhindustrie wurden bisher nur 259 Mill. S oder 5'0% der

⁴⁾ Davon erhielten 335 Mill. S der Kraftwerksbau, 45 Mill. S der Kohlenbergbau, 191 Mill. S die eisenschaffende, 20 Mill. S die eisen- und metallverarbeitende Industrie und 10 Mill. S die Metallhütten.

Industriefreigaben bereitgestellt. Von den übrigen Industrien erhielt nur die Papierindustrie größere Beträge (734 Mill. S), die ihr die Durchführung eines umfassenden Rationalisierungsprogramms ermöglichte.

Die Verlegung des Investitionsschwerpunktes auf die Grundstoffindustrien läßt sich vorwiegend aus der unmittelbaren Nachkriegssituation erklären, als der Mangel an Energie und Rohstoffen ein ernstes Hindernis für die Entfaltung der Produktion war. Damals wurde ein großzügiger Ausbau der Grundstoffindustrien begonnen, dessen Weiterführung und Vollendung auch in den folgenden Jahren einen Großteil der verfügbaren Counterpartmittel beanspruchte, so daß die Erweiterung und Rationalisierung der Finalindustrien zurückgestellt werden mußte. Es ist jedoch beabsichtigt, in den kommenden Jahren die noch zu erwartenden Erlöseingänge sowie die Zinsen und Rückflüsse von ERP-Krediten vorwiegend den bisher vernachlässigten Fertigwarenindustrien zu widmen.

c) Sonderwiederaufbauprogramme

Für Sonderwiederaufbauprogramme wurden bis Ende März 1953 1.675 Mill. S oder 17·9% aller Freigaben bereitgestellt. Die Mittel wurden eigenen Fonds zugewiesen, die Kredite und Subventionen gewähren. Die Einzelkredite werden nicht durch die Kreditlenkungscommission, sondern durch Fondskommissionen der Landwirtschaft, des Fremdenverkehrs und des Wohnbaus geprüft und bewilligt.

Im Rahmen der Sonderwiederaufbauprogramme erhielt die Land- und Forstwirtschaft 1.061 Mill. S oder 11·3% aller Freigaben¹⁾, der Fremdenverkehr 275 Mill. S

¹⁾ Außerdem wurden im Rahmen des Bundesinvestitionsprogramms 85·3 Mill. S für die Landwirtschaft und die Bundesforste verwendet.

(2·9%) und der Arbeiterwohnhausbau sowie der allgemeine Wohnungsbau 340 Mill. S (3·6%).

d) Verschiedenes

Außerdem wurde eine größere Zahl anderer Vorhaben mit ERP-Mitteln finanziert, die keiner der bisher angeführten Gruppen zugeordnet werden können. Für diese Vorhaben wurden bis Ende März 1953 301 Mill. S abgebucht. Größere Beträge wurden für Maßnahmen zur Exportförderung (108·3 Mill. S), für Produktivitätssteigerung und technischen Erfahrungsaustausch (30·5 Mill. S), für den Exportfonds (40 Mill. S), für Transportkosten von Liebesgabensendungen (21·9 Mill. S) und für den Ersatz von Lagerungsschäden bei importierten Nahrungsmitteln (10 Mill. S) freigegeben.